



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 02.12.2020, 17:05 Uhr, Forum, Bürgersaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Haushaltsplan 2021 und Finanzplan mit** **Vorl.Nr. 373/20**
Investitionsprogramm 2020 - 2024
- Beratung und Entscheidung über Anträge zum
Haushaltsplan

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er verweist auf die gestrige Beratung.

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) informiert Stadtkämmerer **Kistler** (FB Finanzen) über das Änderungsverzeichnis. Er teilt mit, weitere Informationen zum Änderungsverzeichnis mit einer entsprechenden Vorlage, werde es in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) am 08.12.2020, sowie in der Gemeinderatsitzung am 16.12.2020 geben.

TOP 1.1 **Schließfächer in der Innenstadt** **Vorl.Nr. 437/20**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 18.11.2020

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Herr **Kistler** (FB Finanzen) teilt mit, der Antrag sei nicht haushaltsrelevant. Die Stadtverwaltung werde den Antrag im 1. Quartal 2021 aufrufen und Vorschläge präsentieren. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Antragstext:

Bei allen Veranstaltungen mit Bürgern werden Ergebnisprotokolle erstellt. Hierbei werden insbesondere die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aufgelistet und den interessierten Gemeinderätinnen und Gemeinderäten zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird einstimmig mit 0 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Dogan
Stadtrat Haag
Stadträtin Moersch
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 448/20. Eine Aussprache wird nicht gewünscht.
OBM Dr. Knecht lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft den Antrag Vorl. Nr. 442/20 auf.

Stadtrat **Weiss** erläutert den Antrag. Ziel des Antrags sei es nicht, damit Entlassungen in die Wege zu leiten, sondern über Fluktuation Personal einzusparen. Das Personalamt solle dies als Diskussionsanstoß verstanden wissen. Über den Antrag solle heute nicht abgestimmt werden, das Thema solle in der neu geplanten Kommission weiter beraten werden.

Nach erfolgter Aussprache an der sich die Stadträte Liepins, Prof. Vierling, Herrmann, Eisele und Müller beteiligen stellt OBM **Dr. Knecht** fest, er sehe große Einigkeit, dass das Thema weiter im Strategie- oder Zukunftsbeirat beraten werden solle. Eine Abstimmung sei daher heute nicht erforderlich. Den Antrag betrachte er mit der vereinbarten Vorgehensweise als erledigt.

Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer **Kistler** (FB Finanzen) schlägt vor, den kompletten Themenkomplex im neuen Jahr, z.B. im Strategie- oder Zukunftsbeirat zu bearbeiten. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird auf das 1. Halbjahr 2021 in den Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) verwiesen. Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Antragstext:

In die Umbaupläne der Schubartschule in Eglosheim wird die Erweiterung der Mensa wieder aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mehrheitlich mit 3 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Haag
Stadträtin Moersch
Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer **Kistler** ruft den Antrag Vorl. Nr. 446/20 auf. Die Stadtverwaltung schlägt vor, den Antrag abzulehnen. Das Vorhaben sei nicht finanziert.

Eine Aussprache wird nicht gewünscht.

OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag abstimmen.

Abweichender Beschluss:

Das Projekt Connect wird in einem reduzierten Umfang um 2 Jahre verlängert. Im Jahr 2021 in einem Umfang von 55.000 €, im Jahr 2022 in einem Umfang von 65.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der vom Antrag abweichende Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Haag

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** erläutert den Sachverhalt. Das Projekt Connect stand bei der Stadt auf der Streichliste. Das habe nichts mit der Qualität des Angebots zu tun, sondern damit, dass jeder Fachbereich Einsparvorschläge machen musste und dass keine Möglichkeit gesehen wurde, das Projekt weiter zu fördern, merkt er an. Weiter teilt EBM Seigfried mit, dass angefragt worden sei, ob das Angebot auch mit geringerem Aufwand möglich wäre. Dies sei denkbar. Seit dem personellen Weggang einer Stelle im November komme das Projekt mit einem geringeren Stellenanteil aus. Dadurch könnten nicht mehr alle Angebote vollumfänglich angeboten werden, dennoch könnten Schwerpunktaufgaben des Projekts angemessen organisiert werden. Mit reduziertem Umfang würden Mehrkosten im Jahr 2021 von 55.0000 € entstehen, im Jahr 2022 Kosten von 65.000 €.

Die Stellungnahme des Jugendgemeinderats trägt anschließend Herr **Bellmann** vor. Das Personal sei elementar wichtig und leiste eine ausgezeichnete Flüchtlingsarbeit. Auch wenn man in Corona-Zeiten an allen Ecken sparen müsse, sollten diese Menschen an die Hand genommen werden, anstatt sie in dieser Situation alleine zurückzulassen. Er kritisiert die angespannte Situation im Gremium und den Umgang miteinander.

Das Projekt sei ein niederschwelliges lern- und freizeitpädagogisches Angebot und verbinde junge Menschen, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Hauptamtliche Mitarbeiter seien hierfür notwendig. Die äußerst wertvolle Arbeit des Projekts rechtfertigt eine Fortsetzung, Allerdings lasse sich eine Reduzierung des Stellenumfangs nicht vermeiden.

Die Flüchtlingsproblematik von 2015/2016 sei nicht mehr so virulent, merkt Stadtrat **Meyer** an. Die Connect-Zielgruppe solle langsam in anderen Angeboten und in Vereinsstrukturen weitergeführt werden.

Stadtrat **Dengel** glaubt nicht, dass andere diese Arbeit übernehmen können und denkt, dass das Angebot weitergeführt werden sollte.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** hofft auf weitere Fördertöpfe. Er spricht von einem Dilemma. Das Projekt sei natürlich gut, aber man habe gerade höhere Kita-Beiträge beschlossen, da sei es schwer, jetzt so einen großen Betrag in den Haushalt zu pressen. Ein Fortführen müsse nahtlos erfolgen.

Die Integration sei eine Daueraufgabe, merkt Stadtrat **Eisele** an. Das Projekt bringe Menschen zusammen. Integrationsarbeit sei immer noch wichtig, diese Aufgabe sei noch nicht erledigt, meint er. Zudem spreche Connect auch Studierende und andere junge Erwachsene an. Er werde dem Antrag zustimmen.

Stadträtin **Schmidt** stimmt ihrem Vorredner zu.

Stadtrat **Herrmann** will wissen, wie in früherer Zeit die Bewirtung stattgefunden habe. Das Projekt sei befristet gewesen und habe mit einer Einsparung nichts zu tun merkt er weiter an.

EBM **Seigfried** geht auf die Befristung des Projektes ein. Die Prüfung von Zuschussmöglichkeiten sei erfolgt. Ein Zweier-Team sei für eine Interaktionsfähigkeit das Minimum, stellte EBM Seigfried klar. Die verbleibenden sehr engagierten und zugewandten Mitarbeiter bräuchten mindestens eine Zwei-Jahres-Perspektive. Weiter geht er auf den Umbau des Jugendcafés im Stadtbad ein.

Frau **Schmetz** (FB Bildung und Familie) geht auf die Villa BarRock und die dortigen Angebote ein und fügt hinzu, dass das Projekt einen offenen Betrieb in das Gebäude gebracht habe. Durch den aufsuchenden Charakter seien zwei Personen notwendig. Ein Mitarbeiter habe zwischenzeitlich gekündigt, somit gebe es keine vertraglichen Probleme.

Stadträtin **Knecht** dankt dem Jugendgemeinderat für diesen Antrag und fragt nach den durchschnittlichen Besucherzahlen.

Hierauf antwortet Frau **Schmetz** dass es auf die Projekte ankomme. Der Treff werde von 10 bis 30 Personen besucht. Bei Veranstaltungen liege die Besucherzahl durchaus bei 150 Personen. Die Kulturveranstaltungen seien der Schlüssel für eine Durchmischung und Integration.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) teilt mit, dass die Inbetriebnahme des Jugendcafés im Stadtbad zum Oktober 2022 vorgesehen sei.

Stadtrat **Braumann** stellt die Frage nach den Auswirkungen für die Jugendarbeit in den Stadtteilen.

Stadtrat **Link** will den Jugendgemeinderat unterstützen und lobt deren gute Arbeit.

Stadtrat **Herrmann** geht davon aus, dass das Projekt in das Jugendcafé integriert werden könne. Bis zur Inbetriebnahme solle eine Verlängerung mit den reduzierten Mitteln erfolgen.

EBM **Seigfried** ergänzt, dass durch dieses Projekt erstmals mit Kulturpädagogen in diesem Bereich gearbeitet worden sei. Rechtzeitig müsse die Entwicklungsperspektive, auch mit dem neuen Standort, im zuständigen Ausschuss diskutiert werden.

TOP 1.7

**Erhalt des Projekts "Connect" sowie Verzicht auf die Streichung der dazugehörigen Personalstellen im Fachbereich Bildung und Familie, Abteilung Jugend
- Antrag des Jugendgemeinderats vom 10.11.2020**

Vorl.Nr. 424/20

Nach Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den im Verlauf der Aussprache modifizierten Antrag Beschluss fassen. Er würde von Herzen gern zustimmen, aber er wolle die Einsparbemühung des Fachbereichs nicht konterkarieren, daher enthalte er sich.

TOP 1.8

**Einnahmen Verwarnungs- und Bußgelder
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
18.11.2020**

Vorl.Nr. 431/20

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Haag

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 431/20.
Stadtrat **Prof. Vierling** erläutert den Antrag. Eine Aussprache wird nicht gewünscht. OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mehrheitlich mit 11 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Haag

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 428/20.

Stadtrat **Prof. Vierling** erläutert den Antrag. Eine Aussprache wird nicht gewünscht. OBM **Dr. Knecht** lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 439/20.

Stadtrat **Müller** erläutert den Antrag.

Stadträtin **Dr. Knoß** teilt mit, man stehe dem Antrag aufgeschlossen gegenüber. Weitere Kreditaufnahmen würden kritisch gesehen. Für sie stelle sich die Frage, ob heute, oder evtl. auch später im Jahr entschieden werden könnte.

OBM **Dr. Knecht** stellt abschließend fest, das Gremium sei einig, dass über den Antrag zunächst nicht abgestimmt werden soll. Im Herbst 2021 soll der Themenkomplex, voraussichtlich im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU), beraten werden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer **Kistler** (FB Finanzen) erläutert, die meisten Fahrgastunterstände stehen nicht im Eigentum der Stadt. Die Neuausschreibung der Fahrgastunterstände sei für das Jahr 2023 vorgesehen. Im Rahmen dieses Verfahrens soll über dachbegrünte und mit Solarmodulen versehene Modelle von Fahrgastunterständen beraten werden. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer **Kistler** (FB Finanzen) teilt mit, die Stadtverwaltung sei an dem Thema dran. Der Themenkomplex solle im ersten Halbjahr 2021 im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) beraten werden. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Haag

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 441/20.

Stadtrat **Weiss** erläutert den Antrag. Er denke nicht, dass alle Radwegemaßnahmen umgesetzt werden können. Die Umsetzung der Radwege sehe er daher kritisch. Die Umsetzung solle sukzessive erfolgen. Daher sei die Einstellung der gesamten 500.000. € in den nächsten Haushalt aus seiner Sicht nicht erforderlich.

BM **Ilk** entgegnet, die in den Haushalt eingestellten 500.000 € werden benötigt. Auch für eine Vielzahl an kleineren Maßnahmen.

Stadträtin **Dr. Knoß** fügt hinzu, Radwegumsetzungen sollten nicht am Geld scheitern.

Die Stadträte Seyfang und Maier sprechen sich ebenfalls dafür aus, den Haushaltsansatz nicht zu kürzen.

Auf Frage von Stadtrat **Prof. Vierling**, ob aus diesem Etat auch Reparaturen bezahlt werden, teilt BM **Ilk** mit, diese würden über de Haushaltsansatz „Straßenunterhalt“ abgewickelt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

Abweichender Beschluss:

In den Haushalt 2021 werden 100.000 € für die Aktualisierung der Planungen für eine zweite Bahnhofsunterführung bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird einstimmig mit 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
 Stadtrat Haag

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer **Kistler** (FB Finanzen) schlägt vor, für das Haushaltsjahr 2021 100.000 € für Planungen zur Verfügung zu stellen und auf die mit dem interfraktionellen Antrag Nr. 443/20 weiter beantragten Haushaltsmittel für das Jahr 2020 in Höhe von 300.000 € noch zu verzichten. Bürgermeister **Ilk** ergänzt, vorhandene Pläne sollen aktualisiert werden um anschließend prüfen zu können, wo Förderbeträge zur Verfügung stehen. Gespräche mit dem Verkehrsministerium sollen geführt werden. Eine Diskussion im Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) sei im zweiten Halbjahr 2021 zu erwarten.

Nach kurzer Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den abweichenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird einstimmig mit 0 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat Haag

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 447/20. Stadtkämmerer **Kistler** teilt mit aufgrund des Konsolidierungsdrucks schlage die Stadtverwaltung vor, den Antrag abzulehnen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen und auf Aussprache verzichtet wird, lässt OBM **Dr. Knecht** über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft den Antrag Nr. 434/20 gemeinsam mit Antrag Nr. 435/20 auf.

Stadtkämmerer **Kistler** (FB Finanzen) schlägt vor, das Thema Laubsäcke in den Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) für das erste Halbjahr 2021 zu verweisen. Die Verwaltung entwickle ein - im Idealfall kostenneutrales - Modell. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft den Antrag Nr. 435/20 gemeinsam mit Antrag Nr. 434/20 auf.

Stadtkämmerer **Kistler** (FB Finanzen) schlägt vor, das Thema Laubsäcke in den Ausschuss für Mobilität, Technik und Umwelt (MTU) für das erste Halbjahr 2021 zu verweisen. Die Verwaltung entwickle ein - im Idealfall kostenneutrales - Modell. Das Gremium zeigt sich hiermit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften(SHL) für das erste Halbjahr 2021 verwiesen. Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer **Kistler** und BMin **Schwarz** erläutern, derzeit werde geprüft, welche Flächen für die Solarnutzung in Frage kommen. Nach einem Workshop mit den Stadtwerken werde die Stadtverwaltung im ersten Halbjahr 2021 auf die Stadträte zukommen. Derzeit würden der Betrag in Höhe von 90.000 € nicht benötigt.

Stadtrat **Sorg** teilt mit, entsprechend den erfolgten Ausführungen verzichte er auf eine Abstimmung zu dem im Antrag genannten Mehrbetrag in Höhe von 90.000 €.

Der Antrag wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Hochbau und Liegenschaften (SHL) im ersten Halbjahr 2021 verwiesen. Das Gremium zeigt sich damit einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mehrheitlich mit 7 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf den Antrag Vorl. Nr. 440/20. Stadtrat **Weiss** erläutert den Antrag.

EBM **Seigfried** teilt mit, entsprechend dem Wirtschaftsplan der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL) stehen bei der WBL gigantische Investitionen an. Er rate daher, den Antrag abzulehnen. Auch weil der Antrag wohnungspolitischen Zielen zuwiderlaufe.

Stadtrat **Braumann** führt aus, im vergangenen Jahr habe man einmalig zugestimmt. In diesen Zeiten halte er den Antrag für nicht angebracht, auch weil es der WBL schade.

Stadträtin **Liepins** schließt sich ihrem Vorredner an. Ihre Fraktion könne dem Antrag nicht zustimmen. Auch Stadtrat **Heer** könne im Hinblick auf die großen Investitionen der WBL dem Antrag nicht zustimmen.

Der soziale Wohnungsbau sei wichtig für die Daseinsvorsorge, so Stadtrat **Girrbach**. Das Geld solle nicht vom sozialen Wohnungsbau abgezogen werden. Die WBL benötige das Eigenkapital um das faire Wohnen auszubauen.

Stadtrat **Weiss** vertritt weiter die Ansicht, dass aus den Überschüssen eine höhere Dividende an die Stadt ausbezahlt werden sollte.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt OBM **Dr. Knecht** über den Haushaltsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** ruft den Antrag Nr. 444/20 zusammen mit Antrag Nr. 445/20 auf.

BM **Ilk** erläutert den Sachverhalt. Ein gemeinsamer Ortstermin zum Regenüberlaufbecken habe stattgefunden. Ergebnisse werden im zweiten Halbjahr 2021 vorgestellt. Bezüglich der Reinigungsstufe habe es in der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Technik und Umwelt am 05.03.2020 eine entsprechende Vorlage gegeben. Die Abstimmung sei erfolgt.

OBM **Dr. Knecht** erklärt, damit seien beide Anträge als erledigt zu betrachten.